

Notizen

Als Verpflichtung und Chance hat die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) die Erweiterung der Europäischen Union bezeichnet. Die EU-Erweiterung, so die COMECE bei ihrer Herbstvollversammlung Ende November in Brüssel, sei eines der zentralen Ereignisse der Jahrhundertwende, „durch das Frieden und Sicherheit in Europa gefestigt und befördert werden“. Die Erweiterung der EU sei kein Zweck an sich, sondern müsse in eine universale Vision eingeordnet werden. Die Annäherung zwischen Ost und West dürfe nicht nur auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene erfolgen, sondern müsse durch noch häufigere Begegnungen zwischen den Menschen und die kulturelle Zusammenarbeit befördert werden. Als Vorsitzender der COMECE wurde Bischof Josef Homeyer (Hildesheim) für weitere drei Jahre wiedergewählt.

Nach einer vor kurzem veröffentlichten Untersuchung über die Umsetzung des niederländischen Euthanasiegesetzes von 1993 (vgl. HK, März 1994, 125 ff.) gab es 1995 in den Niederlanden etwa 3200 Fälle aktiver Sterbehilfe. Das entspricht 2,4 Prozent aller registrierten Todesfälle. Nach den gesetzlichen Vorschriften gemeldet wurden der Untersuchung zufolge 1995 etwa 40 Prozent der Fälle von aktiver Euthanasie. In den Niederlanden ist aktive Sterbehilfe weiterhin grundsätzlich strafbar, wird aber bei Einhaltung bestimmter Vorschriften im Regelfall nicht strafrechtlich geahndet. Von den über 6300 Euthanasiefällen, die zwischen 1991 und 1995 gemeldet wurden, kamen nur 13 vor ein Gericht. In allen diesen Fällen wurde von einer Strafe abgesehen.

Die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern hat Anfang Dezember 1996 mit großer Mehrheit die Streichung des sogenannten „Vetoparagraphen“ in der Pfarrstellenbesetzungsordnung beschlossen. Dieser hatte besagt: „Der Landeskirchenrat muß die Ausschreibung auf männliche Bewerber beschränken, wenn bei der Stellenbesetzungsbesprechung ein zum Dienst in der betreffenden Kirchengemeinde berufener Pfarrer, der vor dem 1.7.89 ordiniert wurde, es verlangt.“ Dieses Veto war 1975 als Zugeständnis gegenüber einer heftig gegen die Einführung der Frauenordination opponie-

renden Minderheit eingeräumt worden. Vor der entscheidenden Abstimmung hatte jetzt die Landessynode beschlossen, im Falle der Streichung des Vetoparagraphen solle eine „gemeinsame Erklärung des Landesbischofs, der Landessynode und des Landeskirchenrates“ in den Gesetzestext aufgenommen werden. In dieser heißt es: Die Aufhebung habe nicht zur Folge, daß das Gewissen der Gegner der Frauenordination nicht mehr geschützt würde.

Für einen neuen Vertrag zwischen den Generationen und gegen den Abbau des Sozialstaates“ lautet der programmatische Titel eines 22seitigen „jugendpolitischen Manifestes“, das eine außerordentliche Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend Mitte November 1996 beschlossen hat. Im Interesse von Kindern und Jugendlichen, betont das Grundsatzpapier, mische sich der BDKJ in eine Debatte ein, von der er hoffe, daß sie grundlegende Kurskorrekturen an der Politik der Bundesregierung zur Folge habe, aber auch die politischen Konzepte aller demokratischen Parteien beeinflussen werde. Neben der Warnung vor der gegenwärtigen Gefährdung des sozialen Grundkonsenses äußert der BDKJ scharfe Kritik beispielsweise an einem von der Politik geförderten Ungleichgewicht in der Verteilung von Besitz und Vermögen, die das Leben mit Kindern für Eltern zum Armutsrisiko werden lasse.

Zum neuen Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Pastoral im Krankendienst ernannte Johannes Paul II. Bischof Javier Lozano Barragán von Zacatecas (Mexiko). Er folgt in der Leitung dieser Kurienbehörde Kardinal Fiorenzo Angelini nach, der sein Amt aus Altersgründen zur Verfügung stellte. Bischof Barragán (63) leitet sein mexikanisches Bistum seit 1984. Er ist schon der dritte Lateinamerikaner, der 1996 an die Spitze einer Kurienbehörde berufen wurde (vgl. HK, August 1996, 427).

Vertreter kirchlicher Reformgruppen aus zehn Ländern gründeten eine „Internationale Bewegung Wir sind Kirche“ (vgl. HK, Dezember 1996, 606 ff.). Bei einem ersten internationalen Treffen (es fand vom 22. bis 25. November 1996 in Rom statt) von Initiativgruppen, die sich den Anliegen des „Kirchenvolksbegehrens“ verschrieben haben, wurde eine

„Römische Erklärung“ verabschiedet, in der man zu einem Dialog aufrief, der zu „echter Erneuerung“ und „substantieller Reform“ in der Kirche führen solle. Für Herbst 1997 kündigte man eine internationale Wallfahrt an. Dem Leitungsgremium der „Internationalen Bewegung Wir sind Kirche“ gehören Elfriede Harth (Sprecherin, Deutschland), Thomas Plankensteiner (Österreich), Luigi de Paoli (Italien) und Lauren Fiedler (USA) an.

Eine verzweifelte Situation ihres Landes, geprägt durch ausufernde Gewalt, ein Klima der Angst und der Unsicherheit beklagen die Bischöfe von El Salvador in einem Ende Oktober 1996 veröffentlichten Hirtenwort: ganze Familien würden in grausamer Art und Weise umgebracht, Entführung und Erpressung, sexueller Mißbrauch gehörten zum alltäglichen Bild, besonders besorgniserregend seien etwa auch Aktivitäten der Jugendbanden. Ausdrücklich erinnern die Bischöfe an ihren Einsatz für das ungeborene Leben, nicht zuletzt im Kontext der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994. Beobachter monierten den auffallenden Verzicht der Bischöfe auf politische Aussagen sowie die fehlende Auseinandersetzung mit den ökonomischen und sozialen Wurzeln der Gewalt in El Salvador.

Václav Maly und Jiří Padour, zwei ehemalige Dissidenten aus der Zeit der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei, ernannte Johannes Paul II. zu Weihbischöfen der Erzdiözese Prag. Maly, Dechant und Stadtpfarrer in Prag, war ein enger Weggefährte des heutigen Staatspräsidenten Václav Havel, gehörte zu den Unterzeichnern der „Charta 77“ und war in den ersten Wochen der Revolution Sprecher des Bürgerforums. Der heute 46jährige Maly verlor 1979 die staatliche Bewilligung zur Ausübung des Priesteramtes und verdiente seinen Lebensunterhalt daraufhin als Heizer, Putzer und Hilfsarbeiter im Straßendienst. In der Zeit nach der Wende übte Maly wiederholt Kritik an einer bloß kapitalistischen Ausrichtung des Reformprozesses in seinem Land. Der 53jährige Padour ist Kapuzinerprovinzial.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe sind eine Beilage der *Communio-Verlagsgesellschaft, Köln*, und eine *Eigenwerbung (Verlegerbeilage)* beigelegt.